

erwähnt werden mußten. Wir haben sonst zweifellos nachher dieselbe Debatte noch einmal. Ich beantrage, von den betreffenden Anträgen zum Punkt „Presse“ den von Berlin I., den „Vorwärts“ betreffend, von Koppe-Ritzdorf, von den Genossen in Tutzingen, von Berlin III. und Kamenz, ebenso die 3 unter dem Punkt „Agitation“ aufgeführten Anträge schon jetzt mitzuverhandeln.

Vorsitzender Singer kann eigentlich einen sachlichen Zusammenhang zwischen den Anträgen und dem Punkt 1 der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes“ nicht anerkennen, ist aber bereit, den Antrag zur Erledigung zu bringen.

Derfelbe wird ausreichend unterstützt.

Auerbach tritt für den Antrag Bebel ein.

Emmel-Frankfurt a. M. spricht sich gegen Bebels Antrag aus. Der Antrag Bebel wird nach Probe und Gegenprobe abgelehnt.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht des Parteivorstandes wird gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontrollure

durch G. Schulz-Berlin erstattet. Der Berichterstatter führt aus: Nachdem der Parteitag in Halle geschlossen war, trat die Kontrollkommission gleich am demselben Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, und es wurde da beschlossen, daß nur bei wichtigen Angelegenheiten und bei die Gesamtheit interessierenden Fragen die gesammte Parteileitung zusammenzutreten habe. Die erste konstituierende Sitzung fand am 21. Oktober in Berlin statt.

Bezüglich der Prüfung aller Beschwerden wurde bestimmt, daß letztere an den Genossen Jacobey zu richten seien. Ich bemerke schon hier, daß eine Beschwerde an uns herantat, deren Ursprung aber vor dem Beginn unserer Thätigkeit lag und noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammt; sonst ist in dem ganzen Jahre auch nicht eine Beschwerde an die Kommission gelangt. Wo gleichzeitig so furchtbare Anklagen gegen die Fraktion und die Parteileitung erhoben worden sind, ist es drastisch und giebt zu denken, daß man sich nicht mit einer einzigen Beschwerde an die Kommission gewandt hat. — Die gesammte Parteileitung hielt 3 Sitzungen ab, die erste am 17. Dezember, in der wichtige, die Partei geschäftlich, interessierende Fragen verhandelt wurden, die zweite am 20. Juni, worin über den Programmentwurf beraten wurde, die dritte am 5. September, worin über den Parteitag und dessen provisorische Tagesordnung Beschluß gefaßt wurde. Die Kaffe wurde in der ersten Zeit monatlich revidirt; da es sich aber herausstellte, daß dies unnötig war, so hernach von Quartal zu Quartal. Sämtliche Beläge wurden geprüft, die Ein- und Ausgänge und die öffentlichen Abrechnungen im „Vorwärts“ mit den

E

Büchern verglichen, und wir müssen konstatieren, daß Alles gestimmt und sich in bester Ordnung befunden hat. Zum Schlusse hat eine Durchsicht im Parteibureau, Kasbachstraße, stattgefunden und ist Einsicht von den Büchern in der Parteibuchhandlung „Vorwärts“, Beuthstraße, genommen worden; auch da war durchweg Alles in bester Ordnung. Wir ersuchen den Parteitag, dem Parteikassirer Decharge zu erteilen.

Es wird hiernach in die Debatte der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung eingetreten. Als Wortführer derjenigen Gruppe, welche formell als die sogenannte Opposition zu betrachten ist, ist Werner mit dem Rechte einständiger Redezeit gemeldet.

Werner-Zeltow: Meine Herren und Damen! Ich bin einer derjenigen Parteigenossen, die nicht in der Lage waren, den Bericht des Vorstandes eingehend durchzusehen, sondern ich habe mich damit beschäftigt, die in der Zbner allen zugestellten Anklageschrift „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“ enthaltene Darstellung kennen zu lernen, und nehme das Wort, um diese Sachen hier auf dem Parteitag bei der Verhandlung über den Bericht des Parteivorstandes vorzubringen. Wenn der Parteivorstand in der Nummer des „Vorwärts“ vom 12. September eine Aufforderung an die Opposition erläßt, „ihre Anschuldigungen genau zu formulieren und unter Beifügung des nötigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten“ — der Wortlaut der Broschüre stimmt mit dem im „Vorwärts“ nicht ganz genau wörtlich überein, der Wortlaut des „Vorwärts“ besagt noch etwas mehr; es heißt da in Nr. 213: „Danach haben Vorstand und Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht, und sind insbesondere durch den Parteivorstand die Parteigelder nach Gurnit an Schmarozer und Schweifweber genährt“ u. f. w., während es auf Seite 2 der Broschüre bezüglich des letzteren Punktes nur heißt: „Was die . . . Günstlingswirtschaft und Unterstützung von Schmarozer und Speichellecker“ anbelangt“ — so konnte dieser Aufforderung nicht Rechnung getragen werden, weil es eine fest gegliederte Opposition in Berlin nicht giebt, sondern was sich in Berlin gezeigt hat, sind einzelne, wenn man sich so ausdrücken darf, oppositionelle Elemente (Zwischenruf: Na, na!) und diese sind jedes einzeln verantwortlich zu machen für ihre Aeußerungen. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht möglich, alle jene sogenannten oppositionellen Elemente mit ihren Anschauungen als eine Gesamtoppositionspartei, eine Partei in der Partei konstruieren zu können. Was die anderen Parteigenossen, die man mit mir zu den oppositionellen Elementen rechnet, gesagt haben, dafür erliche ich, nicht meine Person verantwortlich zu machen, sondern jeden Einzelnen für seine Aeußerungen. (Geiterkeit; Auf: Selbstverständlich!)

7 E

Ich übergehe nun bei meiner Angelegenheit die erste Auseinandersetzung über den Parteitag in Halle und komme sofort zu dem Passus der Anklageschrift, wo gesagt wird: Werner hat „sein die Partei schädigendes Treiben nach kurzer Pause wieder aufgenommen“. (Sehr richtig!) In der ganzen Anklageschrift soll doch konstatiert werden, daß der Parteivorstand von jedem Mitgliede der Opposition angegriffen worden ist; ich ersuche Sie, meine Ausführungen hier nachzulesen, und Sie werden finden, daß ich in keiner dieser Ausführungen irgendwie den Parteivorstand angegriffen habe. Was aber war denn mein sogenanntes „partei-schädigendes Treiben kurz nach dem vorigen Parteitage? Ich habe in einer Schuhmacherverammlung auf Aufforderung über „Lassalle und die heutige Sozialdemokratie“ gesprochen und nicht kurz nach dem Parteitage, sondern am 9. Juni, also 3 Jahre hinterher. In dieser Schuhmacherverammlung — bekanntlich werden in allen gewerkschaftlichen Versammlungen in Berlin politische Auseinandersetzungen gepflogen — sprach ich von den Lassalleanern und Eisenachern. Ich kam dann auf die Rede des Genossen v. Vollmar vom 1. Juni in München. Bis zum 9. Juni hatte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, noch nicht ein Wort darüber gebracht. Die Rede Vollmars enthielt nach meiner Auffassung — und Vollmar hat ja selbst eingeräumt, daß er nur auf einen Haufen zusammengetragen und die Taktik vorgeführt hat, die schon vorher andere Parteigenossen in verschiedenen Punkten in Einzelbesprechungen klargelegt hatten — allzuviel Opportunismus und Chauvinismus, das halte ich auch heute aufrecht, und da diese Rede in München unwiderrprochen geblieben war, zog ich die Parallele und fragte, ob die Partei wirklich die sozialdemokratischen Prinzipien in den Agitationsreden immer noch so rein und unverfälscht vertrete, und da doch in München eine solche Rede Zustimmung gefunden, sagte ich: diese Anschauung darf in der sozialdemokratischen Partei nicht erst in die Breite gehen, weil sie nach meinem Dafürhalten nicht die richtige ist. Was geschah nun nach jener Versammlung? Mit der Resolution, die dort gefaßt ist, habe ich nichts zu thun, habe ich mich nicht darum gekümmert, das wird Genosse Niederauer bezeugen . . . (Vorstehender Singer: Sie sprechen jetzt von der Taktik, diese Fragen sind hier, wo es sich um den Geschäftsbericht des Vorstandes handelt, nicht vorzubringen. Sie haben für die Kritik des Geschäftsberichts, soweit dieser nach Ihrer Auffassung Anlaß zu Klagen und Beschwerden giebt, eine Stunde Redezeit gewährt erhalten. Ich ersuche Sie, auf den Bericht einzugehen und die Taktik später zu behandeln.) — Ich danke sehr für die Aufklärung; ich kann aber diesem Wunsche des Parteigenossen Singer deswegen nicht nachkommen, weil dieses „partei-schädigende“ Treiben hier in der Anklageschrift behauptet worden ist. Ich habe Ihnen doch ge-

sagt, daß jeder Parteigenosse in Berlin die Verantwortung für seine Handlungen selbst trägt und übernimmt. Ich habe mich sogar in verschiedenen Punkten mit den anderen nicht solidarisch erklärt, das werde ich Ihnen beweisen. Die Schuhmacher nahmen eine Resolution an, welche besagte, Vollmar sei nicht berechtigt, die Partei zu vertreten, und ich habe direkt den Bericht und einen Brief nach München geschickt mit der Erklärung, daß ich nicht damit einverstanden sei. Nach dieser Versammlung kamen nun die Parteiblätter, allen voran das Hamburger „Echo“, mit Berichten über diese Schuhmacherverammlung, und während gerade der angegriffene Vollmar derartige Angriffe gegen die Berliner nicht richtete, ging das „Echo“, ohne zu wissen, was ich sachlich gegen Vollmars Rede hatte, mit ganz sonderbarem Schimpfen auf die Berliner „Rabau-macher“, die „krakehl-suchenden Elemente“, die „Tonsüßen Krakehler“ (Sehr richtig!) u. s. w. vor. Dieser Artikel machte nun sonderbarer Weise ohne jede Bemerkung, mit Ausnahme von 3 Blättern, die Kunde durch die ganze sozialistische Presse! Das war mein „partei-schädigendes Gebahren“. Gegen chauvinistische und possiblistische Anschauungen Front zu machen ist jeder Genosse berechtigt; andererseits bin ich nicht so weit gegangen wie Bebel und Fischer, welche sich in der Feenpalastversammlung viel weiter vorstiegen. Ich habe nicht gesagt, daß Vollmar eine Dummheit gemacht hat; ich habe nicht, wie es in einer Breslauer Versammlung ge-schehen ist, Vollmar seine Vergangenheit vorgeschmissen und vom „Schlüssel-soldaten“ des Papstes geredet; ich habe rein sachlich gesprochen. Dann kam die Feenpalast-Versammlung; dort hielt Fischer das Referat über den Brüsseler Kongreß. Bei der Erörterung kam er auf den Punkt des 1. Mai und erklärte, man müsse in Brüssel danach streben, daß nicht die anderen Länder zu bestimmen haben, was die Deutschen in dieser Frage machen sollen, und betonte andererseits die internationale Solidarität. Darauf erklärte ich: wenn man einerseits die internationale Solidarität anerkenne, dürfe man sie auf der anderen Seite nicht dadurch durchbrechen, daß man sage, man ließe sich von den anderen Ländern über die Maifeier nichts vorschreiben u. s. w. u. s. w., wie es in der Anklage-schrift Seite 6 steht.

Der erste Mai stand auf der Tagesordnung; es war mein Recht, meine Ansicht mitzuteilen. Wenn ich sage, daß aus Opportunitätsgründen die Forderung des Achthunderttages erst 1898 erhoben werden soll, habe ich damit die Fraktion angegriffen? Wenn ich gesagt habe, es ist reine Opportunitätspolitik getrieben worden, so ist das doch kein Vorwurf gegen die Parteileitung, so weit muß doch die freie Diskussion gehen dürfen. (Bebel: Selbstverständlich!) Wenn ich weiter sagte: „Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Oppo-

sition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgerei hinzustellen", so schwebte mir dabei vor, wie ich auf Grund meiner sachlichen Auseinandersetzungen in der Schuhmacherversammlung von den Redaktionen behandelt wurde, wie man sofort drauf losgehauen hatte. Herr Grillenberger hat bei demselben Anlaß eine Note in seiner „Fränkischen Tagespost“ niedergelegt, in der es heißt: Werner ist derselbe konfuse Kraftheiler und Stänker (Heiterkeit), über den der Halle'sche Parteitag das Urtheil abgab, daß Werner nicht würdig sei, der Partei anzugehören. Nebenbei gesagt, ist das nicht richtig, das wurde gar nicht in Halle beschlossen; wäre es geschehen, dann hätte ich kein Recht mehr gehabt, mich als Sozialdemokrat zu betrachten. Wenn so in der Parteipresse aufgetreten wird, dann mache man doch nicht bloß die Einzelnen verantwortlich, sondern gehe mit beiden Seiten ins Gericht. Wenn Bebel dann sagte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Opposition in Erfurt Gelegenheit gegeben wird, eine neue Partei zu gründen, so möchte ich nur bemerken, daß Bebel damals sehr aufgeregt gewesen ist. (Bebel: Bitte sehr!)

Wenn man ihm das Recht zugesieht nervös erregt zu werden, warum dann nicht auch mir und den anderen, deren Sprache nicht einen 20jährigen Reinigungsprozeß im Parlament durchzumachen Gelegenheit hatte? Das ist doch ein bloßer Akt der Gerechtigkeit. Und ist denn nicht der gute Ton von der anderen Seite viel schlimmer verletzt worden? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine knallende Ohrfeige begrüßt. Da hör's doch auf, wenn sich ein Mann wie Nieuwenhuis Redensarten im „Vorwärts“ gefallen lassen muß, wie die, daß er es mit der Wahrheit nicht mehr genau nimmt! Ferner habe ich laut des Buches geäußert:

„Hier ist so viel von einem anarchisistischen Klub die Rede. Die heutigen Schlepenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmaroken sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die vermeichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustrausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen.“

Es sind Parteigenossen hier, die Ihnen bezeugen werden, daß das vom radikalen Klub Besagte thatsächlich sich so verhielt. Uebrigens steht in diesem Bericht nichts davon, wie ich es eben auch nicht gesagt habe, daß an Schweiswedler und Schmaroker Geld gegeben werde; zeigen Sie mir das! Wenn jetzt soviel von

E

einem „radikalen“ Klub gesprochen wurde, hatte ich die Verpflichtung, jene Parteigenossen daran zu erinnern, daß sie selbst es waren, welche unter dem Sozialistengesetz die Opposition geschürt und gepflegt haben. Als es 1887 sich um die Aufstellung der Reichstagskandidaten für Berlin in einer Konferenz weniger Parteigenossen handelte und auch Singer für Berlin IV. wieder vorgeschlagen wurde, da sagte Baake: „Singer wieder? Nun und nimmermehr! Dagegen protestire ich. Dessen Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren.“ Und Glocke hat einfach erklärt, die Taktik ist vermeichlicht, wir sind zur puren Reformpartei geworden, wir müssen radikale Klubs gründen und zwar dürfen wir unseren Wirkungskreis nicht auf Berlin beschränken, sondern müssen solche Klubs in ganz Deutschland ins Leben rufen, um geschlossen gegen diese vermeichlichte bürgerliche Taktik vorzugehen. Können Sie mir verdanken, wenn ich die Herren, die jetzt immer von einem radikalen Klub, von Anarchisterei redeten, ausforderte, uns doch offen entgegenzutreten, und sie dabei an ihre eigene frühere Haltung erinnerte? Das ist also mein auch hier in der Anklageschrift niedergelegtes Vergehen.

Der Parteivorstand hat aber zugleich hier das Flugblatt mit herangezogen, als ob Alle, die hier genannt sind, alle Punkte dieses Flugblattes unterschrieben. Ich frage den Parteivorstand, in welcher Versammlung ich mich auf den Boden des Flugblattes gestellt habe. Ich kann doch nicht verantwortlich sein für alle Aussprüche einzelner Genossen; ich betrachte mich nicht als Führer, sondern ich gebe meine Meinung zum besten, und wenn sie sie theilen, ist das ihre Sache. Ich habe nichts gegen die Parteileitung oder gegen die Fraktion. Ich verwahre mich nochmals dagegen, daß ich mit allen oppositionellen Elementen als sogenannte Opposition betrachtet und behandelt werde; ich verlange, daß Sie jede einzelne meiner Handlungen prüfen und dann das Urtheil über Jeden einzeln sprechen. Wenn ich hier spreche, so spreche ich hier allerdings im Namen der Parteigenossen, die hier mitgehen, aber nicht im Namen der sammtlichen Opposition von Berlin. Wenn ich nun weiter als einzelne Person auf die Presse eingehe, so muß ich sagen, daß ich es nicht begreifen konnte, daß ein gerade in jener Gegend so wichtiges Agitationsmittel wie das „Königsberger Volksblatt“ um einer geringen Summe wegen fallen gelassen wurde. Sollte doch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ Zuschuß bekommen, die mitten in Sachsen liegt, wo doch wahrlich die Parteigenossen agitatorisch thätig sein können, aber oben der verlassene Schulze in Königsberg bekam nichts.

Unsere Broschüren haben nach meiner Ansicht ihren Werth kolossal verloren aus dem einfachen Grunde, sie sind für unsere Parteigenossen viel zu theuer, diese können sie nicht kaufen; ein

E

Mittel aber, das nicht gekauft werden kann, ist kein Agitationsmittel. Die Broschüre für die ländliche Agitation wird pro Stück mit einem Pfennig angepriesen. Die Parteigenossen in Berlin machen ab und zu Agitationsstouren auf das Land. Da verlangt man das Material gratis dazu. — Wenn über Mängel beim „Vorwärts“ seitens der Berliner Genossen geklagt wird, so ist das ganz natürlich und liegt in den da obwaltenden Verhältnissen begründet. Ich meine das nicht persönlich, ich will weder Bebel noch Liebknecht angreifen, aber in Berlin hat u. a. der Ton des Blattes gegen Eugen Richter sehr wenig Beifall gefunden. Die Parteigenossen wollten solchen Ton nicht einreißen lassen, sie meinten, sachlich und prinzipiell könne man gegen Richter so scharf wie möglich vorgehen, aber ihn persönlich angreifen, mit Wärsch diebstahl u. dgl., das passe sich nicht. Ebenso steht es mit dem Ton, den man gegen Neuenhütus anschlug, solcher Ton gehört nicht in das Zentralorgan, wenn man nun einmal so viel auf den guten Ton giebt. Weiter wurde berechnete Beschwerde erhoben darüber, daß die Versammlungsberichte nicht so in den „Vorwärts“ hineinkamen, wie sie hineinclacirt wurden. Einzelne Elemente ließen auf einzelne solcher Berichte im Sprechsaal Erklärungen los, und diese sind einfach nicht aufgenommen worden, während diese Genossen die Aufnahme der betr. Erklärungen zur Nichtigstellung für unerläßlich hielten. Man spricht immer so tollsal von Disziplin. Ist das Disziplin, daß, wenn ich mit meiner Anschauung in der Minorität geblieben bin, ich mich immer diesem Majoritätsbeschluß unterordnen muß, ohne einmal meine Anschauungen zum Besten zu geben? Dann hört überhaupt das demokratische Prinzip auf, dann bleibt Minorität immer Minorität und Majorität immer Majorität.

Wir haben beantragt, daß die Presse der einzelnen Distrikte aus der allgemeinen Parteifasse unterfüßt werde. Es ist auch beantragt worden, daß die Schwindelannoncen aus dieser Presse entfernt werden. Was ist aber die Ursache der Aufnahme solcher Annoncen? Die kleinen Tagesblätter, welche gleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes gegründet sind, müssen aus purem Selbsterhaltungstrieb auf den Annoncenfang gehen, weil sie keinen Zuschuß bekommen. In Folge dessen sind sie auf diese Annoncen angewiesen. Da weiter die Redakteure kein Geld in den Fingern haben, um Zeitartikel von gewandten Schriftstellern zu kaufen, so sagen sie sich einfach, du kannst Abonnetten nur bekommen, wenn du die Kost im Blatte den indifferenten Leuten, welche die bürgerlichen Blätter lesen, etwas besser zurechtmachst, und dann kommt die sogenannte prinzipielle Verflachung in die Parteipresse hinein. Hierzu müssen wir ganz entschieden Stellung nehmen.

Schließlich noch eine andere Angelegenheit. Ich habe dem Genossen Ernst in Berlin versprochen, seine Angelegenheit mit dem

E

Abg. Grillenberger hier auf dem Parteitage zur Sprache zu bringen. Ernst hat dem Abg. Grillenberger vorgeworfen, er hätte dem Chauvinismus gedient, indem er einen Trauerand von seine Zeitung beim Todesstage des Kaisers Friedrich gebracht habe. Grillenberger hat dies als eine Verdächtigung bezeichnet. Ich habe die betreffende Nummer mitgebracht und werde sie zirkulieren lassen. Ich frage Sie: ist dies ein Trauerand oder nicht? (Redner zeigt das Zeitungsbblatt vor.) Im Züricher „Sozialdemokrat“ sollen Trauerfälle stets in derselben Weise angezeigt worden sein wie hier.

Ich bitte Sie nochmals: konstruieren Sie nicht eine ganze Oppositionspartei, sondern urtheilen Sie von Fall zu Fall die Parteigenossen ab und ich bin überzeugt, Sie werden zu einem gerechten Urtheil kommen.

Es sind zwei Anträge eingegangen:

1. Auerbach und Genossen beantragen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundfänge geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Parteieinnahmen zu unterstützen.

2. Schulke-Königsberg und Genossen beantragen:

„Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Diese beiden Anträge sollen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung kommen.

Niederauer-Berlin V. begründet seinen Antrag. Die nach den verschiedenen Bezirken verschiedenartig gestalteten Resolutionen würden einen viel größeren Effekt machen als eine einheitliche schablonenhafte gestaltete Resolution. Auer sagte, der Parteivorstand werde gar nichts dagegen haben, wenn eine Pressekommision gewählt würde, die mit dem Vorstande über die Haltung des „Vorwärts“ zu entscheiden habe. Das ist als Fortschritt zu begrüßen.

Es wurde hier bereits die Versammlung im V. Berliner Wahl-

E

freie erwähnt. Es wurden dort von Vierter Anträge gestellt, die ich unter keinen Umständen billigen kann, obwohl ich zur Opposition gehöre. Diese Anträge wurden in der Presse gesperrt abgedruckt, diejenigen aber, die von Seiten der leitenden Personen gestellt waren und die jedenfalls ganz vernünftig sind, hat man so entstellt und so schmählich verkürzt wiedergegeben, daß Niemand daraus klug werden konnte. Was die Schuhmacher-Versammlung betrifft, so kann ich Werner nur zustimmen. Ob die Schuhmacher-Versammlung kompetent war oder nicht, lasse ich dahingestellt.

Die Rede Vollmars hat kein einziges Blatt im Zusammenhang mitgeteilt, wohl aber ging ein Artikel des „Echo“ darüber durch die ganze Presse. Es hätte im Interesse der Partei gelegen, erst die Ausführungen Vollmars abzudrucken, damit die Parteigenossen ein klares Bild erhalten. Erst nachdem zwei Versammlungen in Berlin den Abdruck gefordert hatten, wurde die Rede im „Vorwärts“ abgedruckt. Eine bloße Plauderei, wie sie das Hamburger „Echo“ brachte, hat keinen Werth. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß in dieser Weise gegen einen Genossen vorgegangen wird.

Bätthe-Magdeburg: Ich habe das Wort ergriffen, um auf die Spaltung unter den Magdeburger Parteigenossen einzugehen. Ich frage zunächst, was hat den Parteivorstand veranlaßt zu der Spaltung in Magdeburg Stellung zu nehmen? Oder sollte Genosse Fischer vom Parteivorstande sich selbst berufen gefühlt haben, für die Leute, die sich in Magdeburg von der Partei abgespalten haben, das Wort zu ergreifen? Wir haben in unserem Organisationsentwurf einen Passus, daß ein Wahlkreis einen oder mehrere Vertrauensmänner wählen kann. Nach Schluß des Haller Parteitages stellten sich sämtliche Magdeburger Parteigenossen auf den Standpunkt, daß man nur einen Vertrauensmann wählen solle, und daraufhin wurde Schulze gewählt. Dies hat aber die Leute in Buckau nicht abgehalten, als die Frage Vollmar auf die Tagesordnung kam, sich einen neuen Vertrauensmann zu wählen. Wohin soll es führen, wenn die Leute von der Parteileitung sich berufen fühlen, nach irgend einem Kreise hinzureifen und zu sagen, ja wenn Ihr mit dem und dem nicht einverstanden seid, dann habt Ihr das Recht, Euch einen neuen Vertrauensmann zu wählen? Ich meine, daß der Parteivorstand genau dieselbe Taktik üben muß wie früher, wo man die eigenen Angelegenheiten den Genossen selbst überließ. Das Vorgehen Fischers kann nur zu neuen Spaltungen führen.

Referent Auer: Ich verweise den Genossen Bätthe auf den § 3 unseres Organisationsstatuts: „Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder

E

mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.“ Weil nun ein solcher Fall durchaus nicht vereinzelt vorgekommen ist, sondern gleiche und ähnliche Fälle den Vorstand wiederholt beschäftigt haben — und Genosse Fischer hat hier als Vorstandsmitglied nicht auf eigene Faust gehandelt — so haben wir bis jetzt daran festgehalten, daß, wenn in einzelnen Kreisen Parteigenossen darüber in Differenzen kamen, ob nur ein Vertrauensmann für den ganzen Kreis fungiren soll, oder ob in den verschiedenen Orten des Wahlkreises die Genossen sich je einen Vertrauensmann wählen wollen, seitens des Parteivorstandes Neutralität bewahrt werde: für uns ist der Vertrauensmann, der von den Genossen des betreffenden Ortes als solcher bestimmt ist. Das ist auch in Buckau der Fall gewesen und von Fischer damals ausdrücklich betont worden. Die Genossen in Buckau haben nur für Buckau und nicht für Magdeburg einen Vertrauensmann gewählt. Der Vertrauensmann für Magdeburg ist Schulze, und das haben wir nie bestritten.

Schulze-Magdeburg: Tagtäglich standen im „Vorwärts“ Berichte gegen die Opposition, so daß man auf die Vermuthung kommen mußte, daß darin eventuell System liege. Dazu kommt, daß in einem ländlichen Kreise der Provinz eine Versammlung stattfand, in der der Genosse Gerisch-Berlin referirte. Nachdem Gerisch weg war, lies ein Antrag ein, das Vorgehen der Berliner Opposition zu verurtheilen. Dieser Antrag wurde heftig bekämpft, worauf ihn der Antragsteller zurückzog. Ich fragte ihn nun, warum er den Antrag eingebracht hätte. Er erklärte, er wäre vom Genossen Gerisch dazu aufgefordert worden. Wäre dies wahr, so läge allerdings in der Sache System, es wäre eine Mache. Aber ich glaube es nicht und ich hoffe, daß die Geschichte von Gerisch richtig gestellt wird. Der Fall Buckau liegt doch anders, als Auer meint. Unser Wahlkreis hat mit großer Majorität beschloffen, einen Vertrauensmann für Magdeburg zu wählen, und nachher nach $\frac{1}{4}$ Jahren sind dann erst die Buckauer gekommen und haben diesen Majoritätsbeschluß des Kreises durchbrochen. Das Vorgehen des Parteivorstandes, der diesen Vertrauensmann sanktionirt hat, hat schädigend gewirkt. Die Behauptung, daß die Opposition auf dem Lande den Interessen der Partei geschadet habe, hat Werner bereits zurückgewiesen. Immer heißt es, das Vorgehen der Buckauer Opposition wirkte schädigend. Trotzdem sehen wir tagtäglich, daß in unserer Partei, wie das Singer schon bei der Eröffnung des Parteitages ausgeführt hat, überall Erfolge erzielt werden (Aufe: Aber nicht durch die Opposition!) jedenfalls doch trotz der Opposition. Dies beweist, daß diese Opposition nicht schädigend wirkt, und wir in der Magdeburger Gegend, die wir sonntäglich auf das Land gehen, haben auch Erfahrungen hinter uns. Wir haben gänzlich

E